

Schützen und Bürger wollen Frieden schließen

Hubertus Unterdill sagt Initiative "Forstenrieder Park ohne Schießanlage" zu, auf Ausweitung der Schießzeiten zu verzichten

Von Renate Winkler-Schlang

Forstenried/Pullach-Sie sind nicht in allen Punkten einer Meinung, aber immerhin haben sich Vertreter des Schützenvereins Hubertus Unterdill und der Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage“ an einen Tisch gesetzt und friedlich miteinander gesprochen. Dabei machte der Anwalt der Schützen, Benno Ziegler, der Bürgerinitiative eine entscheidende Zusage: Es werde bei den bisherigen Schießzeiten bleiben. Diese sind Dienstag 13 bis 19 Uhr und, im Sommer, Freitag 14 bis 19 Uhr, im Winter am Samstag von 9 bis 12 Uhr. Dies bestätigt der Vereinsvorsitzende Ludwig Obermeier, der an dem Treffen nicht teilgenommen hatte: "Wir werden die Bürger nicht enttäuschen" Man verstehe sich jetzt besser, sagt Obermeier. Heinz Kuhnert, Sprecher der Bürgerinitiative, sieht das genauso. Er freue sich über die Nachricht, dass die Mitgliederversammlung von Hubertus die Schießzeitenbeschränkung akzeptiert habe und damit eine früher geplante massive Ausweitung endgültig vom Tisch sei, sagte Kuhnert. Er wiederum habe den Schützen versichert, dass der Slogan „contra Schießanlage“ aus der Zeit stamme, als die Schützen dort noch eine Vergrößerung der Anlage samt "Monster-Wall" planten." Wir wollen den Verein nicht eliminieren " Seit das Bayerische Umweltministerium in Unterdill keine Schwerpunktanlage mehr zulassen will, gehe es der Initiative nur noch um optimalen Lärmschutz und die Sanierung von Altlasten.

Beide Themen jedoch bergen Sprengstoff genug. Immer noch fordert die Initiative, die sich auf 13 500 Unterstützerunterschriften berufen kann, eine komplette, "fugenlose" Einhausung der größten Lärmquelle, des Kugelstandes in Unterdill. Kuhnert berichtet, das Landesamt für Umwelt (LfU) habe diese in einem Lärmgutachten für dringend erforderlich gehalten. Das sei heute Stand der Technik. Die Schützen wollen nur mit einer Lamellenkonstruktion über dem Kugelstand für gewisse Lärmdämmung sorgen. Die Bürgerinitiative aber ist sicher, dass keiner mehr Nachbesserungen fordern würde, selbst wenn sich erweisen sollte, dass diese Lamellen nicht wirkten: „Die sollen gleich ordentlich bauen“, so Kuhnert. Schließlich reiche die Schießanlage so nahe an die Wohnbebauung heran wie sonst bei keiner anderen Anlage im Freistaat. Die Bürgerinitiative hält auch für fraglich, dass auf der Trap- und Skeet-Anlage beim Tontaubenschießen die Lärmgrenzwerte eingehalten werden können, ergänzt Kuhnert. Das werde man kritisch begleiten. Eine große Sorge der Initiative gilt nach wie vor auch den vom Schrot verursachten möglichen Altlasten. Eine Ladung enthalte zwar nur rund 30 Gramm, doch die Schüsse summierten sich auf sieben Tonnen Schrot im Jahr. Arsen und Antimon könnten ausgewaschen worden sein und über die Jahre sogar das Grundwasser erreicht haben. Ein Gutachten darüber müssten die Schützen finanzieren. Diese jedoch zögerten das immer weiter hinaus. "Ich verstehe sie ja. das kostet Geld", so Kuhnert: "Aber es ist nicht vermeidbar"

Obermeier glaubt nicht an eine solche Gefahr fürs Grundwasser,

Arsen und Antimon könnten sogar das Grundwasser erreicht haben.

schließlich habe der Verein regelmäßig das Blei in einer Kugelfanganlage gesammelt und etwa alle zwei Monate separat entsorgt.

Das städtische Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) hatte zwar ursprünglich die Federführung für das Projekt Schwerpunktschießanlage, doch weil ein Teil der Schießanlage auf gemeindefreiem Gebiet des Landkreises liegt, waren Zweifel aufgekommen an der Zuständigkeit. Daher, so RGU-Sprecherin Katrin Zettler, könne ihr Haus derzeit auch kein Gutachten über die Altlasten einfordern und auch nicht von sich aus das Wasserwirtschaftsamt einschalten. Das RGU glaube jedoch, dass die hier 20 Meter dicke Kiesschicht das Grundwasser ausreichend geschützt habe. Ihre Behörde könne mangels geklärter Zuständigkeit aber auch keine Auflagen anordnen, nicht einmal die Frage nach dem Bestandsschutz klären. So warten alle, die Schützen, die Bürgerinitiative und die Stadt, dass die Regierung von Oberbayern diese Zuständigkeit regelt, Dort erklärt Sprecher Heinrich Schuster, das sei juristisch schwierig gewesen. Jetzt sei die Entscheidung gefallen Wie, sagt er nicht, Das sollten die Beteiligten in den nächsten Tagen direkt und nicht aus der Zeitung erfahren.